

Grosser Rat des Kantons Wallis

Assemblée Parlementaire de la Francophonie (APF)

Parlamentarische Versammlung der Frankophonie

**13. Versammlung der Region Europa
vom 10. – 12. Januar 2000**

Crans-Montana (Wallis)

Presserohstoff

Die
»Assemblée parlementaire
de la Francophonie«

Eine Kurze Erläuterung

Die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie: »Assemblée parlementaire de la Francophonie (APF)«

(Beratende Versammlung der Frankophonie)

Ihr Auftrag, ihre Ziele

Im Mai 1967 fand in Luxemburg die konstituierende Versammlung der Internationalen Vereinigung französischsprachiger Parlamentarier (*Association internationale des parlementaires de langue française, APF*) statt. Sie vereinigte damals die Delegierten von 23 Sektionen aus verschiedenen Parlamenten Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas.

Neben ihrem höchsten Ziel, d.h. den Arbeiten zur Ausstrahlung und Verbreitung der französischen Sprache, sah sich die APF auch als Spiegel und Zeuge des kulturellen Pluralismus der Völker der Frankophonie.

Anlässlich der 17. Generalversammlung im Juli 1989 in Paris wurde die APF zur »Assemblée internationale des parlementaires de langue française« (*Internationale Vereinigung französischsprachiger Parlamentarier*), womit sie ihre Berufung bestätigte, die interparlamentarische Organisation der frankophonen Länder zu sein, so wie es die Staats- und Regierungschefs der Länder, welche als Gemeinsamkeit die französische Sprache haben, an ihrem Gipfeltreffen vom Mai 1989 in Dakar anerkannt hatten.

Heute sieht sich die APF als demokratisches Bindeglied zwischen den Institutionen und Völkern der Frankophonie. So beschlossen die Staats- und Regierungschefs an ihrem Gipfeltreffen im Oktober 1993 auf Mauritius, die APF als »Assemblée consultative de la Francophonie« (*Beratende Versammlung der Frankophonie*) anzuerkennen.

Die APF ist ein Ort der Beratungen, der Anträge und des Informationsaustausch zu allen Themen, die unter den Mitgliedern von gemeinsamem Interesse sind. Sie plant und realisiert Aktionen in den Bereichen »interparlamentarische Zusammenarbeit« und »Entwicklung der Demokratie«.

Die APF unterhält regelmässige Beziehungen mit der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Länder, welche als Gemeinsamkeit die französische Sprache haben, sowie mit deren Gremien. Sie hat beratende Funktion und gibt Stellungnahmen sowie Empfehlungen ab.

Ihre Organisation

Die APF setzt sich aus den Parlamenten oder den Versammlungen, welche die legislative Gewalt ausüben oder an ihr mitwirken, jener Staaten oder Gemeinschaften zusammen, die vollständig oder teilweise frankophon sind.

Sie setzt sich gegenwärtig aus 59 Sektionen zusammen.

Die Organe der Versammlung sind:

- Die Plenarversammlung, die einmal pro Jahr zu einer ordentlichen Sitzung zusammenkommt.
- Das Büro, das sich aus 12 bis 18 gewählten Mitgliedern zusammensetzt.
- Das Generalsekretariat, das von einem parlamentarischen Generalsekretär geleitet wird.
- Die ständigen Kommissionen: Kommission für Politik und allgemeine Verwaltung (*Commission politique et de l'administration générale*), Kommission für Erziehung, Kommunikation und Kultur (*Commission de l'éducation, de la communication et des affaires culturelles*), Kommission für parlamentarische Geschäfte (*Commission des affaires parlementaires*), Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung (*Commission de la coopération et du développement*).
- Die Regionalen Versammlungen (Afrika, Amerika, Europa), welche für die Umsetzung der Ziele der Versammlung im besonderen Kontext der Regionen verantwortlich sind.

Ihre Werte

Die APF will einen Beitrag zur Ausstrahlung und Verbreitung der französischen Sprache sowie zur Entwicklung und zur gegenseitigen Kenntnis der Kulturen und Zivilisationen jener Völker leisten, welche die französische Sprache brauchen. Ihre Handlungen und Aktionen beschränken sich dabei in keiner Weise auf den kulturellen Rahmen. Heute zielt sie auch darauf ab, die Zusammenarbeit zu fördern, die Solidarität im Respekt des Rechts auf Entwicklung zu stärken und die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenrechte zu fördern, dies insbesondere innerhalb der frankophonen Gemeinschaft.

Zusammenfassung

Die APF, die Beratende Versammlung der Frankophonie (*Assemblée consultative de la Francophonie*), sieht sich als demokratische Verbindung zwischen den Institutionen und Völkern der Frankophonie. Sie ist auch ein Ort der Debatten, der Anträge und des Informationsaustauschs über alle Themen, die für ihre Mitglieder von gemeinsamen Interesse sind. In beratender Funktion hat sie die Kompetenz, zu Händen der Konferenz der Staats- und Regierungschefs (*Conférence des chefs d'Etats et de gouvernement*) jener Länder, welche als Gemeinsamkeit die französische Sprache haben, sowie zu Händen deren Instanzen Stellungnahmen abzugeben und Empfehlungen auszusprechen

Da ihre Ziele darin bestehen, die Zusammenarbeit und die Stärkung der Solidarität innerhalb der frankophonen Sprachgemeinschaft zu begünstigen und die Demokratie, den Rechtsstaat und die Menschenrechte zu fördern, hat die APF in Anlehnung an das allgemeine Thema des Gipfels von Hanoi beschlossen, sich mit dem Thema »Der Rechtsstaat in der frankophonen Welt im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen Entwicklung« auseinander zu setzen.

Überzeugt von der untrennbaren Verbindung, die zwischen der humanen und demokratischen Entwicklung einerseits und der wirtschaftlichen Entwicklung andererseits besteht, hat die APF ihr Schwergewicht auf vier Bereiche konzentriert, die sich daraus ableiten lassen und die ihrer Ansicht nach in den kommenden Jahren das frankophone Handeln steuern sollten. Für jeden dieser Bereiche bietet die APF eine parlamentarische Perspektive an und schlägt neue Wege der Reflexionen sowie originelle Initiativen vor.

Um den Demokratisierungsprozess zu verstärken, hat sich die APF auf die Missionen zur Vorbereitung und Beobachtung von Wahlen ausgerichtet, für welche sie unter anderem vorschlägt, eine

angemessene Finanzierung sicherzustellen und deren Nachhaltigkeit dank einer besseren Planung der Interventionen seitens der Frankophonie zu vergrössern. Was die Rolle der Parlamentarier bei der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse angeht, so zeigt die APF die einflussreiche Position auf, welche die Parlamentarier innehaben sollten, und macht einige Vorschläge, damit diese aus ihrer Teilnahme mehr Nutzen ziehen können. Bezüglich des frankophonen Observatoriums für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden (*Observatoire francophone de l'Etat de droit, de la démocratie et de la paix*) stellt die APF dessen Wichtigkeit und Bedeutung fest und schlägt sogar eine Ausweitung des entsprechenden Mandats vor. Schliesslich möchte die APF mit der Durchführung einer »Parlamentarischen Konferenz zur Bilanzierung des Demokratisierungsprozesses in Afrika« auch die Reflexion über dieses Thema bereichern, das für die frankophone Welt von grosser Bedeutung ist.

Um den Prozess der Vermeidung und Beilegung von Konflikten zu verstärken, schlägt die APF Massnahmen vor, welche die Wachsamkeit vergrössern und Alarmierungsmechanismen schaffen sollen. Sie zeigt ausserdem auf, dass es dank der Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern möglich ist, einen Beitrag zur Einrichtung von Institutionen und politischen Bräuchen zu leisten, welche das Auftreten von Konflikten innerhalb einer Gesellschaft zu vermeiden helfen.

Als Instrument zur Verstärkung des wirtschaftlichen Austauschs, gibt die APF Stellungnahmen und Empfehlungen ab, um die Entwicklung eines frankophonen Wirtschaftsraums zu unterstützen. Als erste Etappe, welche zur Errichtung eines globaleren Marktes führen soll, empfiehlt sie ausserdem ein stufenweises Vorgehen, das kurzfristig konkrete Realisationen bezweckt und die traditionellen Gebiete der Zusammenarbeit der Frankophonie betrifft, d.h. die Sprache und die Kultur. Angesichts der abnehmenden Ressourcen, die für Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe eingesetzt werden, hat sich die APF mit dem Modell der dezentralisierten Zusammenarbeit befasst. Sie kam dabei zum Schluss, dass dieses Modell im gegenwärtigen globalen Kontext ein geeignetes und wirksames Instrument ist. Sie beantragt in diesem Sinne Massnahmen, welche die Entwicklung fördern könnten, und zeigt die konkreten Beiträge auf, welche die Parlamentarier vor Ort leisten können.

Um die Kommunikation und den Austausch von Informationen und Kenntnissen zu verstärken, beantragt die APF eine Vernetzung der Parlamente der Frankophonie. Sie zeigt die grossen Vorteile eines solchen Projekts auf und beschreibt im Einzelnen, wie ihr eigener Beitrag auszusehen hätte. Eine konkrete Massnahme, die von der APF in diesem Sinne vorgeschlagen wird, besteht darin, dass ein Budgetposten des Frankophonen Fonds zur Entwicklung der Strassenverkehrsmeldungen (*Fonds francophone pour le développement des inforoutes*) der APF zur Vernetzung der Südparlamente zur Verfügung gestellt werde.

Schliesslich war es der APF auch ein Anliegen, auf die Situation in Zentralafrika einzugehen, die eine ihrer ständigen Sorgen darstellt. Angesichts der dramatischen humanitären, wirtschaftlichen und politischen Folgen dieses Problems wollte die Beratende Versammlung der Frankophonie (*Assemblée consultative de la Francophonie*) einmal mehr die internationale Gemeinschaft an ihre moralische Pflicht erinnern. Sie hat zudem ihr Gesuch erneuert, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die geeigneten Dringlichkeitsmassnahmen ergreife und dass eine internationale Konferenz über die politische Stabilität, die Sicherheit und die Entwicklung in der Region organisiert werde. Abschliessend ruft die APF die Frankophonie auf, sich energisch und bestimmt zu dieser Situation zu äussern und die Schaffung einer internationalen Untersuchungskommission zu fordern.

Insgesamt sind 61 Parlamente in der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie (APF) vertreten

47 Sektionen aus den Parlamenten folgender Staaten und Gemeinschaften:

Ägypten, Aostatal, Benin, Burkina Faso, Burundi, Demokratische Republik Kongo*, Dschibuti, Elfenbeinküste, Frankreich, Französische Gemeinschaft Belgiens, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Jersey, Jura, Kambodscha, Kamerun, Kanada, Komoren, Kongo*, Laos, Libanon, Luxemburg, Madagaskar, Mali, Manitoba, Marokko, Mauretanien, Mauritius, Monaco, Nova Scotia, New Brunswick, Niger, Ontario, Polen, Quebec, Ruanda*, Saint Lucia, Schweiz, Senegal, Seychellen, Togo, Tunesien, Vanuatu, Vietnam, Zentralafrikanische Republik.

* Vorübergehend ausgeschlossen

14 assoziierte Sektionen:

Albanien, Alberta, Andorra, Bulgarien, Europäisches Parlament, Louisiana, Maine, Moldau, Prinz Edward Island, Rumänien, Ungarn, Wallis, Genf, Waadt.

**Programm der
13. Versammlung der
Region Europa**

in Crans-Montana (Wallis)

Parlamentarische Versammlung der Frankophonie

13. Versammlung der Region Europa

Traktandenliste

- I. Genehmigung der Traktandenliste
- II. Eröffnungsansprachen:
 - Marie-Paule Zufferey-Ravaz,
Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Wallis
 - Yves-Gérard Rebord,
Präsident der Sektion Wallis, erster Vizepräsident des Grossen Rates des Kantons Wallis
 - Jean-Jacques Rey-Bellet,
Regierungspräsident des Kantons Wallis
- III. Eröffnungsansprache und Tätigkeitsbericht von Philippe Charlier, Missionsbeauftragter Europa:
 - Interventionen der Sektionen
- IV. Intervention von Jean-Loup Dherse, ehemaliger Präsident der Weltbank: »Ethik oder Chaos«.
- V. Vortrag eines Experten zu einem Thema im Zusammenhang mit der Förderung der Französischen Sprache in der Welt.
- VI. Einrichtung der Kommissionsbüros
Kommissionsarbeiten
 - Kommission I:**
 - Die Frankophonie in den MEOS (Mittel- und Osteuropäische Staaten)
 - Standortbestimmung
 - Perspektiven für dezentralisierte Zusammenarbeiten im Rahmen der Frankophonie (Städtepartnerschaften, Zusammenarbeit in Schulen und Universitäten usw.)
 - Berichterstatter: Frankreich
 - Diskussion
 - Verabschiedung einer Resolution
 - Kommission II:**
 - »Der Beitrag der Parlamente zur wirtschaftlichen Entwicklung«
 - Berichterstatter: Wallis
 - Diskussion
 - Verabschiedung einer Resolution

- VII.** Anhörung von Roger Dehaybe, Generaladministrator der *Agence de la Francophonie*: »Die Programme der Zusammenarbeit der Frankophonie in Europa. Bilanz und Perspektiven«.
- Diskussion
- VIII.** Anhörung des Präsidenten der *Agence universitaire de la Francophonie*: »Die Programme der Zusammenarbeit der AUF in Europa. Bilanz und Perspektiven«.
- Diskussion
- IX.** Vorstellen der Auflage 2000 der »Darstellenden Vergleichstabelle der Institutionen der Sektionen der Region Europa«.
- Diskussion
- X.** Wahlen des Missionsbeauftragten für Europa und des Regionalsekretärs.
- XI.** Verschiedenes
- XII.** Schlussansprache von Jacques Legendre, parlamentarischer Generalsekretär der APF.
- XIII.** Ort und Daten der nächsten regionalen Versammlung.

Parlamentarische Versammlung der Frankophonie

Region Europa

Programm der 13. Regionalen Versammlung Europa
(vom 9. – 12. Januar 2000 in Crans-Montana, Wallis)

PROGRAMM

Sonntag, 9. Januar	
Ankunft der Delegationen Empfang am Bahnhof Sitten und Transfer in die Hotels.	
19.00 Uhr	Empfang durch die Französische Gemeinschaft Belgiens im Hotel <i>Excelsior</i> in Crans.
Montag, 10. Januar	
09.45 Uhr	Feierliche Eröffnung der 13. Versammlung der Region Europa der APF als Plenarsitzung im Konferenzzentrum von Crans-Montana. <ul style="list-style-type: none">• Ansprache von Marie-Paule Zufferey-Ravaz, Präsidentin des Grossen Rates des Kantons Wallis• Ansprache von Yves-Gérard Rebord, Präsident der Sektion Wallis, erster Vizepräsident des Grossen Rates des Kantons Wallis• Ansprache von Jean-Jacques Rey-Bellet, Regierungspräsident des Kantons Wallis• Ansprache von Philippe Charlier, Missionsbeauftragter für Europa• Genehmigung der Tagesordnung• Interventionen der Sektionen
11.15 Uhr	Pause
11.30 Uhr	Vortrag von Jean-Loup Dherse, ehemaliger Präsident der Weltbank: »Ethik oder Chaos«, Einleitung zu den Arbeiten der Kommission II Interventionen der Sektionen
12.30 Uhr	Mittagessen, offeriert durch den Walliser Staatsrat im Restaurant <i>Le Sporting</i> in Crans
14.30 Uhr	Wiederaufnahme der Plenarsitzung Vortrag eines Experten zu einem Thema im Zusammenhang mit der Förderung der Französischen Sprache in der Welt. Interventionen der Sektionen

<u>15.30 Uhr</u>	<p>Einrichtung der Kommissionen:</p> <p><u>Kommission I</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Präsidium • Vizepräsidium • Berichterstattung: Odette Trupin, Abgeordnete, Mitglied der französischen Nationalversammlung <p>»Die Frankophonie in den MEOS«:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Standortbestimmung ▪ Perspektiven für dezentralisierte Zusammenarbeiten im Rahmen der Frankophonie (Städtepartnerschaften, Zusammenarbeit in Schulen und Universitäten usw.) <ul style="list-style-type: none"> • Vortrag des Berichterstatters • Diskussion
	<p><u>Kommission II</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Präsidium • Vizepräsidium • Berichterstattung: Yves-Gérard Rebord, erster Vizepräsident des Grossen Rates des Kantons Wallis <p>»Der Beitrag der Parlamente zur wirtschaftlichen Entwicklung«</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vortrag des Berichterstatters • Vortrag von Denis Maillat, Experte • Diskussion
<u>18.00 Uhr</u>	Ende der Arbeiten
<u>20.00 Uhr</u>	Nachtessen, offeriert durch das Walliser Parlament im Restaurant <i>Mont-Cervin</i> in Crans
Dienstag, 11. Januar	
<u>09.00 Uhr</u>	<p>Wiederaufnahme der Arbeiten der Kommissionen I und II:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Diskussionen • Verabschiedung der Resolutionsentwürfe
<u>11.00 Uhr</u>	<p>Ende der Kommissionsarbeiten</p> <p>Pause</p>
<u>11.30 Uhr</u>	<p>Plenarsitzung</p> <p>Anhörung von Roger Dehaybe, Generaladministrator der <i>Agence de la Francophonie</i>: »Die Programme der Zusammenarbeit der Frankophonie in Europa. Bilanz und Perspektiven«.</p> <p>Diskussion</p>
<u>12.30 Uhr</u>	Mittagessen, offeriert durch die Sektionen Aostatal und Luxemburg im Restaurant <i>Le Raccard</i> in Crans

<u>14.30 Uhr</u>	Plenarsitzung Anhörung des Präsidenten der <i>Agence universitaire de la Francophonie</i> : »Die Programme der Zusammenarbeit der AUF in Europa. Bilanz und Perspektiven«. Diskussion
<u>15.15 Uhr</u>	Prüfung der Berichte und Verabschiedung der Resolutionsentwürfe der Kommissionen I und II.
<u>17.15 Uhr</u>	Vorstellen der Auflage 2000 der »Darstellenden Vergleichstabelle der Institutionen der Sektionen der Region Europa«. Wahlen des Missionsbeauftragten für Europa und des Regionalsekretärs. Verschiedenes. Ort und Daten der nächsten regionalen Versammlung.
<u>17.30 Uhr</u>	Schlussansprache von Jacques Legendre, parlamentarischer Generalsekretär der APF.
<u>18.00 Uhr</u>	Ende der Arbeiten Versand einer Medienmitteilung, inkl. via Internet
<u>20.00 Uhr</u>	Abschliessendes Nachtessen, offeriert durch Philippe Charlier, Missionsbeauftragter für Europa im Höhenrestaurant <i>Aminona</i> : Folkloreabend mit Walliser Spezialitäten.
Mittwoch, 12. Januar	
	Entdecken der Region Verbier, Lunch in einem Höhenrestaurant Winterkleidung vorausgesetzt! Am Ende des Tages: Abreisemöglichkeit zum Flughafen Genf, Abfahrt des Zuges ab Bahnhof Martigny um 16.36 Uhr, Ankunft Genf-Flughafen um 18.31 Uhr. Personen, die das Wallis bereits an diesem Mittwoch verlassen wollen, finden ihr Gepäck am Bahnhof Martigny.
Donnerstag, 13. Januar	
	Abreise der Delegierten

(Beilage: Programm für die Begleitpersonen)

**Das Vortragsthema
der Sektion
Wallis**

Parlamentarische Versammlung der Frankophonie

13. Versammlung der Region Europa
10. – 12. Januar 2000 - Wallis

Kommission II

Der Beitrag der Parlamente zur wirtschaftlichen Entwicklung

Bericht von Yves-Gérard Rebord
Vizepräsident des Grossen Rates des Kantons Wallis
Präsident der APF-Sektion Wallis

Sitten, im Oktober 1999

Der Beitrag der Parlamente zur wirtschaftlichen Entwicklung

- Wege der Reflexion -

I. Drei Entwicklungen steuern die wirtschaftliche Entwicklung unseres Planeten

In Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs mit schnellen, ständigen und komplexen Veränderungen nehmen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Behörden zu, namentlich in Bezug auf die Wirtschaftspolitik.

Zu Beginn des dritten Jahrtausends werden sich die öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf drei Schlüsselemente konzentrieren müssen: die Entwicklung der Ideologien, der Technologien und der Demographie.

1. **Bei den Ideologien** geht die Umsetzung der Politiken, welche die wirtschaftliche Entwicklung begünstigen, seit jeher mit der Debatte über die Opportunität und die Legitimität der staatlichen Intervention in diesen Bereichen einher. Heute dominieren die Ideologien der freien Marktwirtschaft, und es kann — wie dies am internationalen Symposium von 1999 in Davos aufgezeigt wurde — festgestellt werden, dass sich diejenigen, die hinter dieser Ideologie stehen, heute um das Ungleichgewicht sorgen, das durch den globalisierten Markt entstanden ist. Einerseits nimmt die Regulierung der internationalen Märkte ihren Lauf, andererseits kommt es zu einer Grundsatzdebatte über die Billigkeit und die lokalen Herausforderungen der Globalisierung. Damit müssen die Ideologie der Entwicklung neu überdacht und der Begriff der nachhaltigen Entwicklung ernst genommen werden.
2. **Die Technologien** stehen am Anfang einer neuen Ära, die sich an der Information und den Biotechnologien orientiert, welche wiederum unsere Beziehung zur Welt auf radikale Weise verändern. So brechen das Internet und die neuen Kommunikationsmöglichkeiten nach und nach die abgeschotteten Organisationen der traditionellen Unternehmen und Verwaltungen auf. Dank ihnen sind direkte Dialoge über mehrere tausend Kilometer hinweg möglich, und es entsteht so eine neue Kontaktmöglichkeit für Personen, zwischen denen räumlich grosse Distanzen bestehen. Diese neuen Technologien führen jedoch auch zu neuen Formen der Ausgrenzung, und zwar sowohl in den industrialisierten Ländern wie auch in den Ländern des »Südens«. Im Englischen spricht man von »*Digital Divide*«. Der französische Philosoph und Urbanist Paul Virilio beschreibt dies in jedem seiner Bücher und in jedem seiner veröffentlichten Artikel: Wer sich heute am Rand befindet, steht ganz oder teilweise abseits von den grossen Austauschmöglichkeiten und vom gewaltigen Informationsfluss.
3. **Die Demographie als dritte zentrale Entwicklung.** Europa macht eine unausweichliche Veralterung durch, während die Weltbevölkerung die 6-Milliardengrenze überschritten hat. Den Industrienationen, aber auch den internationalen Institutionen stellen sich drei Herausforderungen: Integration der neuen Bevölkerungen unter Berücksichtigung des sich entwickelnden Multikulturalismus; Entwicklung neuer Formen der Beziehungen zwischen Jungen und Alten; Gestaltung der neuen Freizeit, die sich aus der zunehmenden Alterung und der progressiven Arbeitszeitverkürzung ergibt.

II. Entstehen neuer privater und öffentlicher Formen der Regulierung

Diese komplexen Entwicklungen zwingen sowohl die Privatwirtschaft als auch die öffentlichen Gewalten, ihre Betriebs- und Verwaltungsformen neu zu überdenken.

Der amerikanische Forscher Michael Porter hat zu Beginn der 90er-Jahre als einer der Ersten aufgezeigt, dass die Globalisierung paradoxerweise ein »territoriales Management« erfordert, das zur Aufgabe hat, es den regionalen Produktionssystemen (Unternehmen, Berufszweige) zu ermöglichen, innovativ zu werden sowie lokal verankert und gleichzeitig weltoffen zu sein. Der wirtschaftliche Erfolg hängt von der Fähigkeit ab, mit komplexen und »chaotischen« Situationen umgehen zu können, was sowohl für die Privatwirtschaft als auch für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften bedingt, dass sie den Besonderheiten und Möglichkeiten einer jeden Region und eines jeden Landes Rechnung tragen und ihr Handeln gleichzeitig auf ein breiter angelegtes Tätigkeitsfeld ausrichten.

Betriebsführung

Es ist frappant festzustellen, wenn man die jüngsten Publikationen liest, dass die territorialen Bedenken in der Betriebswirtschaft ständig zunehmen (und nicht nur jene in Bezug auf die Umwelt). Jean Brillman (1998) verweist auf die Verallgemeinerung des Konzepts des »Gesamtwerts« und zeigt auf, dass sich die Ausarbeitung von höher entwickelten und strategischeren Leistungsindikatoren in gewissen Unternehmen auf alle »beteiligten Parteien« erstreckt: Diese Indikatoren umfassen nunmehr nicht nur die Zufriedenheit der Aktionäre, der Kunden, des Personals oder gar der Lieferanten, sondern auch die Beiträge des Unternehmens an die gesamte Gesellschaft und an die Umwelt.

Vor einem ähnlichen Hintergrund schliessen auch Lazlo und Laugel in ihrem Werk von 1998, das über die Wirtschaft des Chaos handelt, in ihre zehn Grundsätze zum Umgang mit der ständigen Transformation Empfehlungen ein, welche die »Herausforderung der Nachhaltigkeit« betreffen. Ihre Vorstellung, die jener der innovativen Kreise sehr ähnlich ist und die namentlich von Denis Maillat unterstützt wird, behandelt nicht nur das berufliche Umfeld der Firmen (Partnerschaften innerhalb der Branchen), sondern auch die Beziehungen zu den örtlichen Gemeinschaften, anderen Industriezweigen und öffentlichen Institutionen. Diese multiplen Beziehungen werden als eine Bedingung für den Fortbestand des Unternehmens dargestellt, weil sie seine möglichen Tätigkeitsfelder erweitern, was besonders in Zeiten der Ungewissheit und ständiger Veränderungen für das Unternehmen von vitaler Bedeutung ist.

Verwaltungsführung (Public Management)

Die politischen Behörden ihrerseits — egal ob sie international, national oder regional tätig sind — überdenken praktisch auf der ganzen Welt die Art ihres Handelns. Dabei kommt es zu vier verschiedenen Arten von Reformen:

- Erstens erlauben es die institutionellen Reformen den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, länder- oder regionsübergreifende Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und Freihandelszonen zu schaffen, welche der wirtschaftlichen Entwicklung förderlich sind. Als Beispiel können hier selbstverständlich der Aufbau des europäischen Binnenmarktes oder die progressive Bildung von Organismen zur Regulierung der Weltmärkte, wie beispielsweise die Welthandelsorganisation, genannt werden. Denn ohne eine internationale Regulierung und ohne ein gewisses Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Regionen der Erde können die Märkte nicht von Dauer sein.
- Zweitens zielen die Reformen der Verfahren und Verwaltungsinstrumente darauf ab, den internen Betriebsablauf der Institutionen von Politik und öffentlicher Verwaltung zu optimieren. Auch der öffentliche Sektor muss in einem globalisierten Umfeld leistungsfähig sein. Im Gegensatz zu gewissen bestehenden Vorstellungen liegt die Zunahme der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Gewalten nicht nur im Zuständigkeitsbereich der Verwaltung, sondern auch in jenem des gesamten politisch-administrativen Systems: Die Regierungen und Parlamente sind somit ebenfalls stark betroffen. Die politischen Behörden können ihren Beitrag zur Entwicklung ihrer Territorien leisten und das Handeln der Unternehmen erleichtern, indem sie ihre drei grundlegenden Funktionen wirksam erfüllen: Funktion der Wachsamkeit

(Voraussehen und Antizipieren), Weichensteller-Funktion (beschliessen, umsetzen, auswerten) und Symbolfunktion (Organisieren der Debatten, Verkörperung auf legitime Weise).

- Die beachtlichen Haushalte, die von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften verwaltet werden, und die in den europäischen Ländern zwischen 32% (Schweiz) und 57% (Schweden) des BIP darstellen, verleihen ihnen — trotz der Krise bei den öffentlichen Finanzen — wichtige Kapazitäten für die Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung, und zwar obwohl ein grosser Teil der Konjunkturpolitik mittlerweile den Zentralbanken übertragen wurde. So setzt sich die Europäische Union, d.h. sowohl das Parlament als auch die Kommission, aktiv für eine Politik ein, welche die Entwicklung der Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der Union bezweckt. Auch die Schweiz verstärkt systematisch die Förderung des Standortes Schweiz. Eine Wirtschaftsförderungspolitik besteht jedoch nicht nur aus der Förderung im Bereich der Technologien, sondern auch aus einem gezielten Management der traditionellen öffentlichen Politiken, welche die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsentwicklung garantieren, also Zugang zu Technologien, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Beziehungen zwischen den Generationen usw.
- Schliesslich und vor allem aber kann heute keine Politik autoritär verordnet werden: Ihre Ausarbeitung und Umsetzung bedarf ganz im Gegenteil einer wahrhaften Konsensfindung zwischen den politischen Behörden, den Unternehmen und der zivilen Gesellschaft. Und genau hier kann die nachhaltige Entwicklung ein nützlicher Begriff werden. Die Suche nach einer nachhaltigen Entwicklung, die nur all zu oft auf den ökologischen Aspekt beschränkt wird, bedingt einen Dialog und eine Konzertation zwischen den verschiedenen Elementen unserer auseinander gerissenen Gesellschaft, um die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren und zu lösen. Ohne diesen Dialog ist das Handeln der öffentlichen Gewalten im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung zum Scheitern verurteilt. In der Tat betrifft die Globalisierung nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den Zusammenhalt und die sozialen Beziehungen zwischen den Personen, die zusammen eine Körperschaft oder eine Gemeinschaft bilden. Die Urbanisierung, einschliesslich in den Zonen mit landwirtschaftlichem Charakter, verändert die sozialen Bindungen und erschwert eine automatische Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinschaft und ihre Teilnahme am kollektiven Leben. Daher die Notwendigkeit nach neuen Formen der Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen. Und genau da haben die Parlamente eine wichtige Rolle zu spielen.

III. Der Handlungsspielraum der Parlamente (und der Regierungen): Nutzen wir ihn!

Trotz der schwierigen Aufgabe verfügen die öffentlichen Gewalten, und insbesondere die Parlamente, nach wie vor über wichtige Trümpfe, um stichhaltige Antworten auf die gestellten Fragen zu geben.

Um ihre Rolle im gegenwärtigen Kontext wahrnehmen zu können, um die Herausforderungen, die durch die ideologischen, technologischen und demographischen Entwicklungen entstanden sind, annehmen zu können, um eine eher aktive Entwicklungspolitik aufbauen und umsetzen zu können, anstatt die laufenden Veränderungen über sich ergehen zu lassen, müssen die Parlamente die Art ihres Funktionierens und ihrer Organisation erneuern, damit sie ihrer dreifachen Funktion (Wachsamkeit, Weichenstellen, Symbol) gerecht werden können. Konkret kann dies mit folgenden vier »Strategien« erreicht werden:

Die Parlamente müssen ein zentraler Ort der öffentlichen Debatte und ein starkes Bindeglied zu den Bürgern und Unternehmen sein

Die Parlamente müssen die ideologischen, technologischen und demographischen Herausforderungen thematisieren, da deren Umgang die künftige Entwicklung ihrer Länder und Regionen wesentlich beeinflusst.

Die Kommunikation mit den Bürgern und Unternehmen erfolgt üblicherweise:

- durch die parlamentarischen Organe
- durch die Vermittlung der politischen Parteien.

Die neuen Kommunikationstechniken (Internet usw.) können den Dialog zwischen den Parlamenten, den Bürgern und den Unternehmen erleichtern und ermöglichen es, deren Erwartungen bezüglich Technologietransfer und nachhaltiger Entwicklung besser zu erfassen.

In einer komplexen, globalisierten und atomisierten Gesellschaft, welche die Verwendung der öffentlichen Mittel einsichtig planen muss, müssen die Parlamente diese Funktion als Plattform des Austauschs zwischen Bürgern und Staat voll und ganz wahrnehmen, dies umso mehr als das Bedürfnis nach Erklärungen für die politisch getroffenen Massnahmen sehr stark zugenommen hat. Auf Grund ihrer Zusammensetzung, ihres Wahlsystems und ihrer verfassungsmässigen Aufgaben verfügen die Parlamente über eine klare Legitimation, um eine konzertierte Wirtschaftspolitik einzuleiten, die den Erwartungen der Bürger und der Unternehmen entspricht.

Die Parlamente und Regierungen können ein für die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung günstiges Klima schaffen

Indem der Staat einen institutionellen Rahmen schafft, der den Dialog mit den Bürgern und den Unternehmen anregt, erhält er gleichzeitig eine gewisse Vorausehbarkeit des Verhaltens der verschiedenen involvierten Kreise und kann so die Ungewissheit, die in Wirtschaftskreisen besteht, abbauen. Er gestaltet damit ein Umfeld, das für die Zusammenarbeit und das wechselseitige Lernen förderlich ist, was sich in unserem wirtschaftlichen Kontext, der raschen und ständigen Veränderungen unterworfen ist, als besonders notwendig erweist, da der Informationsaustausch und die Vernetzung von Unternehmen ausschlaggebende Faktoren des Erfolges sind.

Eine echte strategische Reflexion unter Einbindung der Wirtschaftskreise ist heute somit nötig, um eine Wirtschaftspolitik zu definieren, die es den Ländern und Regionen erlaubt, sich in dieser globalisierten Wirtschaft positionieren und den grösstmöglichen Nutzen aus ihren Wettbewerbsvorteilen ziehen zu können.

Dies bedingt, dass die Wirtschaftskreise und die Bürgerinnen und Bürger an der Ausarbeitung der Entwicklungsstrategien beteiligt werden, und zwar gemäss den empfohlenen Grundsätzen zur Definierung der seit dem Gipfeltreffen von Rio so genannten regionalen »Agenda 21«, welche die prioritären Aktionen für eine nachhaltige Entwicklung der betroffenen Region beschreibt. Das Geld, das in solche Massnahmen investiert wird, kann einen beachtlichen Multiplikationseffekt haben und ein probates Beispiel für eine leistungsfähige und wirkungsvolle Verwendung der öffentlichen Gelder sein.

Die Parlamente haben stets die Herrschaft und somit die Verantwortung über die Budgetzuweisungen

Die budgetären und legislativen Befugnisse erlauben es den Parlamenten, eine Strategie zur Wirtschaftsentwicklung einzuleiten, und zwar anhand gezielter Interventionen in folgenden Bereichen:

- Strukturelle Politik zur Schaffung der Rahmenbedingungen für die Entfaltung wirtschaftlicher Aktivitäten: diese Politik ist ein wichtiger Faktor für die Ansiedlung und Entwicklung von Unternehmen. Eine gute Verkehrs-, Bildungs- und Energiepolitik etwa begünstigt die Entwicklung und fördert die Attraktivität einer Region.
- Konjunkturpolitik, die mittels Finanzpolitik, Steuerpolitik und einer Politik zu Gunsten der Arbeitsplätze darauf abzielt, den Wirtschaftskreisen eine indirekte Hilfe zukommen zu lassen
- Wirtschaftsförderungspolitik, die einerseits mittels gezielten Förderungsmassnahmen (endogene und exogene Förderung, Technologietransfer usw.), andererseits mittels Konzertation und Vernetzung der Akteure den Unternehmen eine direkte Hilfe zukommen lässt. Die Entwicklung der Gesellschaft, die sich mehr und mehr am Wissen und an der Kommunikation orientiert, wird dazu beitragen, aus diesem letzten Punkt ein ausschlaggebendes Element im Bereich der Wirtschaftspolitik zu machen.
- Die Sozialpolitik, die es ermöglicht, die für eine gesunde wirtschaftliche Aktivität notwendige Kohäsion zu schaffen (Unterstützung der Familie, Hilfen im Bereich der neuen Armut, Entwicklung von

Dienstleistungen in der Nähe, Berücksichtigung der demographischen Bevölkerungsentwicklung, progressive Verkürzung der Arbeitszeit usw.).

- Transfer von Technologie und Know-how, dessen Rolle für eine vorwiegend auf Wissen ausgerichtete Wirtschaft massgebend ist, ist ein konkretes Beispiel dafür, wo eine öffentlich-private Partnerschaft mit Erfolg errichtet werden kann: Sowohl die Hochschulen als auch die Industrien können von einer Intensivierung ihrer Zusammenarbeit nur profitieren. Dazu ist es angezeigt, die Spielregeln festzulegen, um den Austausch und den Kontakt zwischen den verschiedenen Partnern (Unternehmen, Forschungsstätten, Schnittstellen usw.) sicherzustellen.

Vermehrte Anstrengungen im Bereich der Auswertung bezüglich der Auswirkungen der öffentlichen Politik auf die Entwicklung eines ganzen Landes oder einer Region

Es wäre falsch zu glauben, dass sich die Intervention der Parlamente nur auf das Gesetzgebungsverfahren beschränkt. Ihnen kommt ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Begleitung und Auswertung der öffentlichen Politik zu, namentlich durch die Funktion, die sie im Rahmen der Oberaufsicht wahrnehmen.

Zu lange haben sich die Politiker damit begnügt, Programme zu erlassen, ohne sich genügend um die Auswirkungen der eingeleiteten Massnahmen zu sorgen. Die nachhaltige Begleitung der eingeleiteten Politik muss zum Ziel haben, die Qualität der Entscheidungen zu verbessern. Dies bedingt eine regelmässige Vergleichsanalyse der Entwicklung der Gesamtwirtschaft einer Region sowie eine systematische Beurteilung der politischen Folgen und Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Eine regelmässige Einbindung der Parlamente in die Begleitung und Beurteilung der eingeschlagenen Politik erlaubt es ausserdem, die Glaubwürdigkeit der Institution zu verstärken, von der man sich manchmal nur an die unendlichen Debatten im Plenum oder an den politischen Schlagabtausch erinnert. Im Übrigen können regelmässige Begleitarbeiten auch zur Verbesserung der Kommunikation und der Information gegenüber der Bevölkerung beitragen.

IV. Schlussfolgerungen

Obschon die öffentlichen Institutionen Garant für eine gewisse Vorhersehbarkeit sind, können sie auch eine gewisse Trägheit verursachen, welche sich nachteilig auf die Wirtschaft der Region auswirkt. Die ständigen Veränderungen des wirtschaftlichen und sozialen Umfelds zwingen die Institutionen, und somit die Parlamente, die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen mit grösster Aufmerksamkeit zu verfolgen und wirkungsvoll zu reagieren, um rasch Lösungen herbeizuführen, die auf die Zustimmung der Bevölkerung stossen.

Da die Parlamente weniger in die laufenden Geschäfte involviert sind als die Regierungen, sind sie bestimmt gut in der Lage, Anpassungen in Bezug auf ihren Betrieb und ihre Organisation vorzunehmen, um die Bedürfnisse der Bürger besser zu erkennen, eine kohärente Politik anzubieten, die Zustimmung bezüglich der beschlossenen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu erhalten und die Begleitung der beantragten Massnahmen sicherzustellen. Dadurch werden sie — auf Grund der Bedeutung der von ihnen bewilligten Budgets — dazu beitragen, die wirtschaftliche Entwicklung aktiv zu fördern.

Literaturliste

Vorbereitet wurde dieser Text von Yves-Gérard Rebord, Vizepräsident des Grossen Rates des Kantons Wallis, in Zusammenarbeit mit Denis Maillat, Direktor des *Institut de recherches économiques et régionales* der Universität Neuenburg, und Stéphane Decoutère, Projektleiter am *Centre de management public de l'Etat du Valais*. Der Text stützt sich namentlich auf folgende Werke und Artikel:

- **Beinhocker, E.** (1998). *Stratégies, osez aller jusqu'au limites du chaos!* In «Le chaos régénérateur, ça existe?». Genève, Le Temps stratégique n° 80.
- **Brilman, J.** (1998). *Les meilleures pratiques du management. Au coeur de la performance*. Paris: Les Editions d'organisation.
- **Brown, S. & K. Eisenhardt** (1998). *Competing on the edge. Strategy as structured chaos*. Boston: Harvard Business School Press.
- **Decoutère, S., J. Rugg & D. Joye, (éd)**, (1996). *Le management territorial. Pour une prise en compte des territoires dans la nouvelle gestion publique*. Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes.
- **De Foucauld, J.-B. & D. Piveteau** (1995). *Une société en quête de sens*. Paris: PUF.
- **Lazlo, Ch. & J.F. Laugel** (1998). *L'économie du chaos. Comment gérer la transformation permanente des entreprises dans des environnements complexes et instables*. Paris: Les Editions d'organisation.
- **Maillat, D. & L. Kébir** (1999). *Learning region et systèmes territoriaux de production*. In «Le paradigme de milieu innovateur dans l'économie spatiale contemporaine». Bordeaux, Revue d'économie régionale et urbaine no 3 - 1999.
- **Porter, M.** (1993). *L'avantage concurrentiel des nations*. Paris: Interéditions (l'édition originale anglaise date de 1990).
- **Virilio, P.** (1998). *La bombe informatique*. Paris: Galilée.

* * *

Grosser Rat des Kantons Wallis

Kontaktadresse

Yves-Gérard Rebord

*Vizepräsident des Grossen Rates des
Kantons Wallis
Präsident der APF-Sektion Wallis*

Telefon : 027 / 345 39 45

Fax : 027 / 345 39 46

E-Mail : rebord@regence.ch